

## **Bildungspolitik nach der Landtagswahl: Investieren und reformieren**

Die GEW erwartet von der neuen Landesregierung eine neue Bildungspolitik. Sie formuliert dazu zwölf Herausforderungen für die Legislatur bis 2015.

1. Um das Ziel des „Dresdener Bildungsgipfels“ erreichen zu können, wird in den öffentlichen Haushalten des Landes und der Kommunen bis 2015 jährlich vier Prozent mehr Geld für Bildung zur Verfügung gestellt.
2. Das KiBiz wird novelliert: Die Kitas werden für die 0 – 3-Jährigen ausgebaut, eine deutliche Verbesserung der Personalschlüssel ist Voraussetzung für die Umsetzung ihres Bildungsauftrags. Die gesonderte Anerkennung der Ausbildungsleistungen wird gesetzlich verankert.
3. Der Stufenplan kleine Klassen wird verwirklicht, sodass 2015 keine neu gebildete Klasse mehr als 25 Schüler (in der Grundschule 20 Schüler) hat.
4. Das längere gemeinsame Lernen und ein inklusives Bildungssystem werden ermöglicht, die Schulformempfehlung der Grundschule wird abgeschafft.
5. Das Übergangssystem Schule – Beruf wird grundlegend reformiert, sodass das Recht aller Jugendlichen auf eine berufliche Ausbildung ohne Warteschleifen verwirklicht wird.
6. Die Studiengebühren werden abgeschafft, die Hochschulen ausgebaut und die Lehre durch bessere Personalschlüssel spürbar verbessert. Die Beschäftigten der Hochschulen sind Landesbeschäftigte.
7. Die öffentlichen Mittel für Weiterbildung werden auf 1% der Bildungsetats aufgestockt, prekäre Beschäftigung wird gesetzlich unterbunden.
8. Die Lehrerfortbildung wird quantitativ ausgebaut, die Qualität des Angebots deutlich verbessert.
9. Gute Bildung braucht gute und gesunde Arbeitsbedingungen. Für neue Aufgaben und Spitzenbelastungen wird Zeitausgleich geschaffen.
10. Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wird in der Landesverfassung verankert und mit einem neuen LPVG deutlich aufgewertet.
11. Die Landesregierung fördert in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder den Abschluss eines Tarifvertrags zur Eingruppierung der Lehrkräfte.
12. Das Beamtenrecht wird demokratisch reformiert, die gleiche Anerkennung aller Lehrkräfte verwirklicht.

Die GEW geht davon aus, dass alle zentralen Reformschritte der Landesregierung mit den Gewerkschaften ausgehandelt und vereinbart werden.